

530 Besucher/innen an der Veranstaltung mit Carlos Martinez

Die Veranstaltung zu «Wahlen & Kultur» der EVP Stadt Bern platzte aus allen Nähten. Der weltbekannte Patomime-Künstler Carlos Martinez aus Spanien vermochte mit seinem Programm «Human Rights» (Menschenrechte) rund 530 Zuschauerinnen und Zuschauer in der Kulturhalle 12 in Bern in seinen Bann zu ziehen.

Der amtierenden Grossrat Wilf Gasser und Stadträtin Barbara Streit-Stettler führten kurz ins Thema ein. Menschenrechte in der Stadt Bern? Nebst Abfallreglementen und Zonenplanänderungen werden Fragen der sozialen Gerechtigkeit immer wichtiger. Wilf Gasser forderte auf, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, um bewusst in den Fragen sozialer Gerechtigkeit nach Lösungen zu suchen.

Zum Schmunzeln

Geleitet von einem Pastor unternimmt eine christliche Gruppe eine Studienreise nach Israel. Am See Genezareth erkundigt man sich bei einem Bootsunternehmen, was denn die Überfahrt für die Reisegruppe kostet. Der Bootsunternehmer nennt einen horrenden Preis und begründet diesen auch: «Schliesslich ist dies kein gewöhnlicher See. Hier ist Jesus übers Wasser gelaufen.» – «Kein Wunder, dass er zu Fuss ging, bei den Preisen», meint der kostenbewusste Prediger.

Drei Gemeindeglieder streiten sich darüber, wer von ihnen den ältesten Beruf hat. «Natürlich ich», erklärt der Arzt, «es gab ja bereits eine Operation, als Eva aus der Rippe Adams erschaffen wurde.» Der Ingenieur widerspricht: «Gott vollbrachte die Schöpfung aus dem Chaos heraus, das ist genau das, was wir Ingenieure auch tun.» Da meinte der Politiker: «Ja, aber wem verdanken wir denn das Chaos?!»



Full House am EVP-Event mit Carlos Martinez in der Kulturhalle 12.

Von der ersten Minute an konzentrierten sich alle Augen auf die perfekt einstudierten Bewegungen des Pantomimen. Die Originalworte der Menschenrechtserklärung zogen sich nüchtern durch die ganze Vorstellung hindurch. Kombiniert mit der Ausstrahlungskraft von Martinez erleben die Zuschauerinnen und Zuschauer ein Wechselbad der Gefühle. Soeben tief betroffen durch die direkte und unverblühte Darstellung eines Mittellosen, der sich seiner Rechte nirgends sicher sein kann, wandelten sich die Gesichter der Zuschauenden in ein Lachen, wenn dem chemiever-

rückten Wissenschaftler die Haare plötzlich bis zum Boden wachsen.

Carlos Martinez' Programm «Human Rights» machte Unsichtbares sichtbar und hinterliess Grund zur Hoffnung trotz der dargestellten Tragödien, die sich vielfach hinter einzelnen Artikeln der Menschenrechtserklärung verbergen.

Die Veranstaltung hat dank des grossen Publikumaufmarschs ein weniger grosses Defizit als erwartet hinterlassen. Wir danken allen Besucherinnen und Besuchern für die grosszügige Kollekte!

Adrian Ritz

Impressum

Herausgeber:
EVP Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 7
Redaktion «berner EVP»:
Dieter Rohrbach, Ried-Frutigen

Kontaktadresse für EVP-Info:
Christof Erne, Tel. 031 991 78 91, christof.erne@freesurf.ch

EVP Stadt Bern, Postfach 6049, 3001 Bern
Postcheckkonto 30-2067-3; E-Mail evp.stadt.bern@schweiz.ch
Internet www.evp-bern.ch oder www.evp-pev.ch/be/bern



EVP-Info



Informationen der Evangelischen Volkspartei Stadt Bern April 2006

EVP-Erfolge bei den Grossratswahlen – Wilf Gasser wiedergewählt!

Die Grossratswahlen 2006 waren sowohl für die kantonale EVP als auch die Stadtberner EVP ein grosser Erfolg! Wir sind äusserst dankbar dafür und möchten den Dank weitergeben an alle, welche die EVP in den vergangenen Wochen und Monaten auf irgendeine Art und Weise unterstützt haben - vorab natürlich mit dem eigenen Wahlzettel.

Nebst der überraschenden Wende im Regierungsrat durch den Mehrheitswechsel zu Rot-Grün und ähnlichen Verschiebungen im Grossen Rat sticht einmal mehr die EVP des Kantons Bern durch Sitzgewinne hervor. Hat sie 2002 insgesamt 11 Sitze und 6,0 Prozent Stimmenanteil erreicht, so konnte sie sich im neuen, auf 160 Sitze verkleinerten Parlament auf 13 Sitze und 7,3 Prozent Stimmenanteil stei-

Der Vorstand der EVP Stadt Bern dankt allen Kandidierenden und Wählenden herzlich für die Unterstützung der EVP bei den Grossratswahlen 2006!

Wiedergewählt:
der Stadtberner
EVP-Grossrat
Wilf Gasser



gern. In der Wahlprognose der Zeitung «Der Bund» wurden der EVP nur 9 Sitze und 5,6 Prozent Stimmenanteil zugetraut.

Die Stadtberner EVP konnte den als gefährdet geglaubten Sitz von Grossrat Wilf Gasser gut halten. Mit rund 5,0 Prozent Stimmenanteil (EVP, Liste 1: 4,25 Prozent; Junge EVP, Liste 2: 0,74 Prozent) gegenüber 4,3 Prozent im Jahr 2002 hat sich der Wähleranteil um 16 Prozent erhöht! Dieses Wahlergebnis ist für die Zukunft sehr ermutigend. Der intensiviertere Wahlkampf mit Veranstaltungen sowie breiterer Werbung

und die zwei Listen mit insgesamt 39 Kandidierenden könnten Ursachen für dieses sehr gute Abschneiden der Stadtberner EVP gewesen sein.

Adrian Ritz

Adrian Ritz

Parteiversammlung

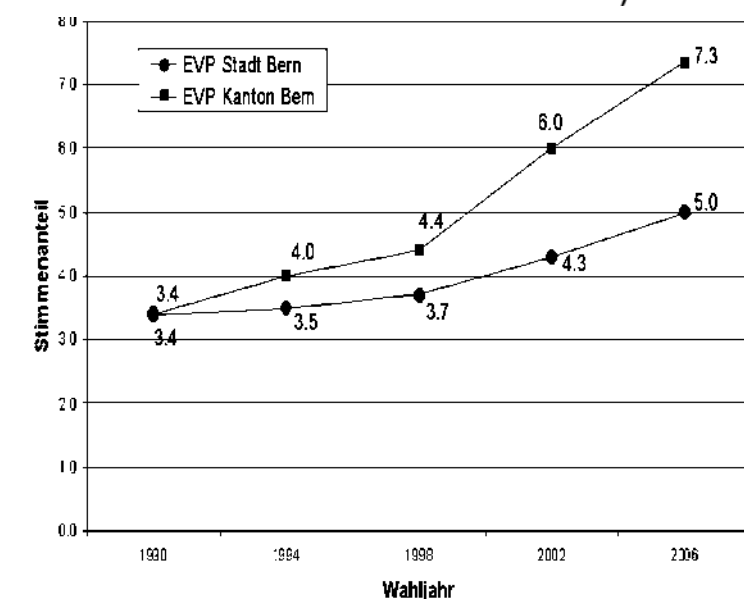
Mittwoch, 3. Mai 2006, 19.00 Uhr
an der Nägeligasse 9/11 in Bern

Wir diskutieren und fassen die Parolen zu den städtischen Abstimmungsvorlagen vom 21. Mai 2006:

- Informatik Volksschule Stadt Bern
- Beitritt Berns zum Gemeindeverband «Anzeiger Region Bern»

Rückblick Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 9. April 2006.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!



GFL/EVP-Antrag gutgeheissen: ein Sieg für die Kleinklassen

Ausnahmsweise war die Zuschauertribüne während einer Stadtrats-sitzung überfüllt. Vorwiegend Lehrkräfte der Kleinklassen und des Spezialunterrichts verfolgten am 30. März die Debatte über die Totalrevision des Schulreglements.

Knackpunkt des neuen Reglements war die Aufhebung der Schulkommission für Kleinklassen und Spezialunterricht (SK KKS) und deren Schulleitungen, die der Entwurf vorsah. Stattdessen sollten die betroffenen Lehrkräfte und ihre Klassen in die Regelschulkreise eingebunden werden, was vom Gemeinderat als Schritt Richtung integrative Schule angesehen wurde. Die Kleinklassenlehrkräfte setzten sich zur Wehr, weil sie den Verlust an fachspezifischer Unterstützung befürchteten.

Die GFL/EVP-Fraktion beschloss mehrheitlich, sich gegen die Aufhebung der KKS einzusetzen und einen dementsprechenden Antrag zu stellen. In meinem Votum zu unserem Antrag vertrat ich die Meinung, dass wir mit der Aufhebung «zwei Schritte auf einmal machen» würden. Der Kanton sei im Moment auch nicht bereit, Geld für eine Integration zu sprechen, die diesen Namen auch wirklich verdient. Es gelang uns – auch dank vorgängiger Lobbyarbeit – eine knappe Mehrheit des Stadtrats von unserem Antrag zu überzeugen, so dass die KKS nun nicht aufgehoben wird.

Das Schulreglement regelt vorwiegend die Organisation der Schulen in der Stadt Bern. So beschloss der Stadtrat an diesem Abend ebenfalls,

die Schulkreise von 18 auf 6 zu reduzieren. In den grösseren Schulkreisen können so vor allem in der Oberstufe z.B. einfacher Klassen für die Fakultativfächer gebildet werden. Weiter werden neu jedem Kind zwei Kindergartenjahre zugesichert und es wird klarer geregelt, was die Aufgaben der Schulkommission, der Schulleitung sowie des gesamtstädtischen Schulamtes sind. Weiterhin können die Schulkommissionen zwischen drei Übertrittsmodellen für die Sekundarschule wählen.

Auch Martin Trachsel und ich haben diese Modellvielfalt unterstützt. Wir finden es wichtig, dass sich die einzelnen Schulkreise mit «ihrem» Übertrittsmodell identifizieren können.

Barbara Streit-Stettler, Stadträtin

Aus der Schulkommission für Kleinklassen und Spezialunterricht

In der Arbeit innerhalb der Schulkommission für Kleinklassen und Spezialunterricht (SK KKS) in der Stadt Bern erleben wir spannende Zeiten. Auf verschiedenen Ebenen sind Dinge in Bewegung, stehen Veränderungen an und müssen Entscheide getroffen werden. Das nun verabschiedete Projekt der neuen Schulstrukturen in der Stadt wird uns weiterhin beschäftigen, weil für die Integration des heilpädagogischen Angebots in die neuen Schulkreise gute Lösungen gefunden werden müssen.



Christoph Scheurer, Mitglied SK KKS

Es ist dabei von Vorteil, dass der Stadtrat der SK KKS, den zuständigen Schul- und Stellenleitungen und den betroffenen Lehrkräften die bewährten bisherigen Strukturen weiterhin zugesteht. Diese sind die «alte Brücke», welche noch benutzt werden kann, während im Zusammenhang mit der Umsetzung des Integrationsartikels im Volksschulgesetz (VSG Art. 17) in Zukunft an einer «neuen Brücke» gebaut werden muss.

Obschon besagte Umsetzung alle Betroffenen seit längerer Zeit sehr beschäftigt und oft ein Thema ist, wissen wir von der Erziehungsdirektion (ERZ) her noch nicht, wie die Rahmenbedingungen sein wer-

den. In dieser Situation ist es oft schwierig, zukunftsgerichtete strategische Entscheide zu treffen.

Was vom Kanton (ERZ) her jedoch klar gegeben ist, sind die Sparmassnahmen im Bereich Spezialunterricht. Hier müssen nach bereits vollzogenen Einsparungen von 56 Lektionen auf das kommende Schuljahr erneut 41 Lektionen abgebaut werden. Das bereitet der SK KKS und den betroffenen Lehrkräften und Therapeutinnen angesichts von Kindern auf Wartelisten einiges Kopfzerbrechen. Widersprüchlich dabei ist, dass gerade der Spezialunterricht eine in hohem Masse integrative Massnahme darstellt.

Wenn in Zukunft auch die Kleinklassen der Stadt unter weitere Sparmassnahmen der ERZ fallen sollten, wird es erst recht schwierig, denn unserer Meinung nach erfordert eine gute Integration von möglichst vielen Schulkindern eher mehr als noch weniger Mittel.

Christoph Scheurer, Mitglied der Kommission Kleinklassen und Spezialunterricht

Die im März im Stadtrat behandelte Revision des Schulreglements (s. Artikel oben) sieht eine Reduktion von 18 auf 6 Schulkreise vor, die in etwa den sechs Stadtteilen entsprechen. Die EVP begrüsst dies in der Vernehmlassung, wies aber schon damals auf die Wichtigkeit gut funktionierender Klein- und Spezialklassen hin.

Informatikplattform «Informatik Volksschule Stadt Bern»

Die Schule kann sich der Entwicklung im Informatikbereich nicht entziehen. Der Kanton Bern hat im Lehrplan 1995 die Informatik integriert und will 2007 den revidierten Lehrplan Informatik umsetzen. In den letzten Jahren richteten vor allem die 7. bis 9. Klassen Oberstufe PC-Arbeitsplätze ein. Die Infrastruktur ist nicht einheitlich und wird vor allem durch initiative Lehrkräfte unterhalten. Damit alle Kinder die gleichen Chancen erhalten, muss die Informatik-Infrastruktur standardisiert werden. Vorgesehen ist ihr Einsatz ab der 1. Klasse.

Die Informatikvorlage der nächsten Volksabstimmung hat zum Ziel, dass alle 6700 Schüler der 433 Klassen mit PCs und der notwendigen Software arbeiten können. Dazu wird die technologische Infrastruktur zur Verfügung gestellt und durch die Informa-

tikdienste der Stadt Bern gewartet. Die Lehrer erhalten ein pädagogisches Konzept und entsprechende Weiterbildung.

Die Umsetzung der Investitionen soll zwischen 2007 und 2010 in Etappen erfolgen und mit geplanten Schulhaussanierungen realisiert werden, da die nötigen Netzwerke ein sorgfältiges Verlegen von Kabeln durchs Schulhaus erfordern. Die Investitionskosten belaufen sich auf 8 504 000 Fr. bei einer Abschreibung auf sieben Jahre. Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich auf 1 967 000 Fr.

Als EVP-Stadträte sind wir der Meinung, dass die Informatikplattform umgesetzt werden muss. Wir haben uns mit Unterstützung durch Matthias Stürmer (EVP-Mitglied und Spezialist von Open-Source-Software) kritisch

Stadtrat Martin Trachsel



mit Software und den Lizenzen auseinandergesetzt und kamen zum Schluss, dass mit freier Software längerfristig Kosten gespart und die Dominanz von Microsoft reduziert werden könnte. Der Stadtrat entschied sich für die Microsoft-Variante, nimmt aber Open-Office-Software in die Erstinstallation auf und will diese bei Erweiterungen auch evaluieren.

Die EVP-Stadträte bitten Sie, beim Informatikprojekt mit Ja zu stimmen. *Martin Trachsel, Stadtrat*

Beitritt Berns zum Gemeindeverband «Anzeiger Region Bern»

Jede Gemeinde ist gesetzlich verpflichtet, ein amtliches Publikationsorgan herauszugeben. Bei uns ist dies der «Anzeiger Region Bern», den die Stadt Bern und ein Verband umliegender Gemeinden seit 2001 gemeinsam herausgeben.

Nun soll die Stadt Bern ebenfalls diesem Verband beitreten, damit die Strukturen des Amtsanzeigers für die Region Bern vereinfacht werden können und die Geschäftsleitung so handlungsfähiger wird. Weil der Beitritt zu einem Gemeindeverband zwingend einer Volksabstimmung unterliegt, stimmen wir am 21. Mai über diese Vorlage ab, obwohl sie kaum hohe Wellen werfen wird.

Die Stadt Bern hat unserer Ansicht nach gute Bedingungen für

den Beitritt erhandelt. Der Verband hat in einem neuen Verbandsreglement der besonderen Situation der Stadt Bern Rechnung getragen und ihr angemessene Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte eingeräumt:

Die Stadt Bern mit rund 127 000 Einwohnerinnen und Einwohner verfügt in den Verbandsorganen grundsätzlich über gleich viele Stimmen wie die übrigen Gemeinden zusammen (insgesamt 127 000 Einwohner).

Die Stadt Bern beteiligt sich zur Hälfte an einem Ertrags- oder Aufwandüberschuss aus dem Anzeigergeschäft.

Der Beitritt der Stadt Bern zum Gemeindeverband «Anzeiger Region Bern» war im Stadtrat unbe-

Stadträtin Barbara Streit-Stettler



stritten. Angesichts des unsicher gewordenen Inserategeschäfts macht es für die Stadt Bern Sinn, hier mit den umliegenden Gemeinden zusammenzuarbeiten. Wir EVP-Stadträte bitten Sie daher, ein Ja in die Urne zu legen.

Barbara Streit-Stettler